

es stützt. Wir wollen die Verwaltungsebenen von drei auf zwei reduzieren – durchaus auch zu Lasten des bürgerfernen Landesverwaltungsamtes. Ein Informationsfreiheitsgesetz muss her. Und wir wollen eine bürgernahe Polizei, die auf Vertrauen und Unterstützung von Staat und Gesellschaft setzen kann. Rechtsextremismus und Neofaschismus gehören umfassend geächtet und bekämpft.

Neue soziale Ideen für Sachsen-Anhalt sind dann neu, wenn sie Benachteiligungen nicht nur erträglich machen, sondern sie vermeiden und Auswege eröffnen. Wir setzen auf regionale Familienpässe und eine kommunale Sozialpauschale,

auf eine aktivierende SeniorInnenpolitik und Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen. Und natürlich braucht es Verlässlichkeit für die Träger von Kinder- und Jugendarbeit.

Wir dürfen nicht ungehemmt weiter Schulden zu Lasten unserer Kinder machen, aber Zukunft ist mehr als Schuldendienst – wir dürfen uns nicht durch Sparen so weit lähmen, dass wir den Weg dorthin nicht mehr gehen können. Bildungsausgaben sind Zukunftsinvestitionen – Maßstab für die Qualität und Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte soll daher eine Bildungsquote sein.

Wagen Sie es mit uns!

Wir trauen uns zu, mit Ihnen gemeinsam Sachsen-Anhalt auf einen besseren Weg zu bringen. Wie? Das steht in unserem Wahlprogramm. Wie es längerfristig gehen könnte, habe ich in meiner Studie »Sachsen-Anhalt 2020 – Innovation und soziale Gestaltung« aufgeschrieben.

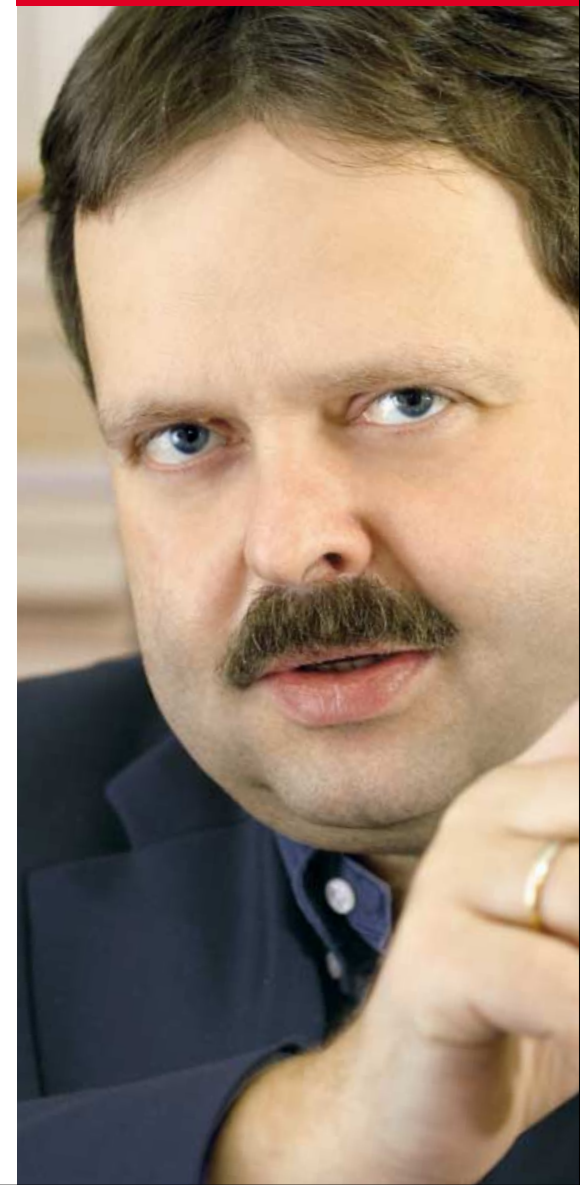
Machen Sie sich ein Bild! Sagen sie uns, was sie von unseren Ideen halten! Und lassen Sie uns gemeinsam mit der Wahl am 26. März 2006 eine lebenswerten Perspektive eröffnen: Geben Sie uns, geben Sie mir beide Stimmen – damit die Richtung stimmt!

Wulf Gallert

Kontakt: Wahlkreisbüro Wulf Gallert
Ritterstraße 1, 39340 Haldensleben
fon: 039 04 / 49 89 33
wulf.gallert-wkb@t-online.de
www.wulf-gallert.de

DIE LINKE. PDS

**Wulf Gallert:
Damit
die Richtung
stimmt.**



Auf die Richtung kommt es an

Die Landtagswahl am 26. März 2006 entscheidet über den künftigen Weg Sachsen-Anhalts – auf *Ihre* Stimme kommt es dabei an! Ich möchte, dass es nicht nur zu einer anderen Regierung, sondern zu einer besseren Politik kommt – eine Politik, mit der wir uns für die Zukunft wappnen und zugleich für alle Bürger soziale Gerechtigkeit sichern.

Kein Pessimismus!

Ich bin davon überzeugt, dass das geht. Ich bin hier aufgewachsen, habe hier studiert, gearbeitet und eine Familie gegründet. Ich weiß um die hohe Arbeitslosigkeit, die um sich greifende Armut, die Probleme der Unternehmen. Ich teile die Unzufriedenheit mit dem Bildungswesen und ärgere mich über die knappen Kassen. Aber gerade weil ich dieses Land kenne und mag, weiß ich, dass es zwar enorm viel zu tun, aber viel weniger Grund zu Pessimismus gibt. Auch unser Bundesland hat seine Stärken und Chancen – nutzen wir sie! Das ist es, was ich in der Politik erreichen will. Seit 1994 bin ich Abgeordneter im Landtag, mittlerweile Fraktionsvorsitzender, und sitze im Ausschuss für Finanzen. Jetzt bewerbe ich mich als Spitzenkandidat der *Linkspartei.PDS* um ihr Vertrauen – ja, und ich will auch Ministerpräsident werden.

Die Richtung muss stimmen

Wir wissen doch längst: Der Aufbau Ost funktioniert nicht als Nachbau West – es muss anders gehen. Und so schön, wie es uns die Landesregierung erzählt, ist es längst nicht: 26 Prozent aller Kinder leben hierzulande in Armut, beim Bildungsmonitor Deutschland sind wir 2005 auch noch auf den letzten Platz gerutscht und die Zahl der Erwerbstätigen ist nirgendwo in Deutschland so stark gesunken wie bei uns. Deswegen muss jetzt die richtige Richtung eingeschlagen werden: Für einen dauerhaften Aufschwung – damit sozialer Ausgleich gewährleistet und auf eigene Füße gestellt werden kann. Das geht uns alle an – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger.

Zunächst einmal drei Dinge:

■ Ohne gute Bildung und Ausbildung kommt nichts zustande – schon gar keine Innovationsoffensive, die auf Wirtschaft und Gesellschaft übergreift. Deswegen muss für alle der Weg zu guter Bildung und Ausbildung offen stehen – unabhängig vom Einkommen, von der Kita bis zur Hochschule und bei individueller Förderung. Komplexe landesspezifische Fördermaßnahmen sollen mehr Ausbildungsplätze im dualen System bewirken und den Berufseinstieg für junge Leute unterstützen.

■ Von Arbeit muss man leben können – und ohne Arbeit darf man nicht auch noch die Würde verlieren. Deswegen: Gesetzliche Mindestlöhne contra Lohndumping – und Hartz IV muss überwunden werden: Statt Ein-Euro-Jobs der Aufbau öffentlich geförderter Beschäftigung mit existenzsichernden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen; Übergang von der »Armut per Gesetz« zu einer sozialen Grundsicherung. Daran soll Sachsen-Anhalt arbeiten; dafür soll es – gemeinsam mit Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – im Bund eintreten.

■ Wir wollen neue Maßstäbe für Bürgernähe, Solidarität und Transparenz durchsetzen. Wir wollen einen handlungsfähigen und effizienten Staat, in dem die Bürger das Sagen haben und nicht nur verwaltet werden, einen Staat, der das Notwendige für alle leistet, der anregt und fördert und der Leistungspotenziale zusammenführt. Mehr direkte Bürgerbeteiligung, mehr Volks- und Bürgerentscheide!

Unser Programm:

Wir wollen eine *neue Wirtschaftspolitik* und eine gezielte Strukturpolitik für kräftige und nachhaltige Wertschöpfung im Land. Ein Landesbürgerschaftsfonds gehört dazu. Die öffentlichen Mittel werden zunächst auf die Erweiterung der industriellen Basis und die Innovationskraft der bereits ansässigen Unternehmen, speziell des Mittelstandes, konzentriert.

Wissen schafft Arbeit – und zwar dann, wenn der Ausbau einer leistungsfähigen Wissenschafts- und Hochschullandschaft bei gebührenfreiem Studium und die Förderung des Transfers von Leistungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft Hand in Hand gehen. Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe könnten so zum künftigen Markenzeichen Sachsen-Anhalts werden – genauso wie gegenseitig nutzbringende Verflechtungen zwischen wirtschaftlich stärkeren und den schwächeren Landesteilen.

Lebenswerte Städte, Gemeinden und ländliche Regionen brauchen ein ausgewogenes Netz von Sozial-, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr. Auch bei Haushaltsnotlagen bleibt es Sache der Kommunen, die Teilhabe aller daran zu ermöglichen.

Verbesserung gibt es nicht ohne Veränderung – das gilt auch für die Bildungspolitik. Aber die Veränderungen müssen verträglich sein. Wir setzen deswegen auf eine innere Reform und Stärkung der Sekundarschule, um organisch zu *einer* Schule für alle Kinder anstelle des derzeitigen Drei-Klassen-Schulsystems zu kommen. Ausnahmslos jedes Kind hat einen Anspruch auf frühkindliche Bildung in der Kita – und zwar für den ganzen Tag.

Die Demokratie zu stärken, Bürgerrechte zu schützen und die öffentliche Sicherheit zu stärken verlangt zweierlei: engagierte, aktive und gemeinsam handelnde Bürgerinnen und Bürger einerseits und andererseits einen Staat, der offen für dieses Engagement ist und